

# Verfassungsauftrag vollenden!

Ein Beitrag zur Umsetzung des Verfassungsauftrags  
nach Artikel 140 GG i. V. mit Artikel 138, 1 WRV

---

## Staatsleistungen an die Kirchen

### 2. Spezielle Zahlen

#### 2.1. Kirchenbaulasten

#### 2.2. Historische Zahlungen (1919-1948)

#### 2.3. Methodisches (SOLL-/IST-Zahlen)

von  
Carsten Frerk

<b>2.1. Kirchenbaulasten</b>		<b>3</b>
1. „Cura religionis“	3	
2. Zahlungen der Bundesländer	4	
3. Kirchen und Pfarrhäuser	4	
4. Personalaufwand des Staates	5	
5. Kommunale Kirchenbaulasten	5	
6. Beispiele der Rechtsprechung	6	
7. Fazit Kirchenbaulast	7	
<b>2.2. Historische Zahlungen nach 1919</b>		<b>10</b>
8. Staatsleistungen in Preußen 1919 – 1944	10	
9. Staatsleistungen in Bayern 1919 – 1948	11	
<b>2.3. Methodische Anmerkung zu SOLL-/IST-Zahlen</b>		<b>12</b>
<i>Tabellen:</i>		
1. Bayern - Kirchbaulasten als Staatsleistung, 1949-2009		8
2. Freistaat Bayern: Gesamte Staatsleistungen (Bischöfe, Domkapitel, Personalzuschüsse, Emeriten plus Baupflichtleistungen), 1949 – 2010		9
3. Bayern – Staatsleistungen, 1919 – 1948 in jeweils Mark / Reichsmark / Euro		10
4. Preußen – Staatsleistungen, 1919 -1948 in jeweils Mark / Reichsmark /Euro		11
5. Staatsleistungen in drei Bundesländern. Vergleich SOLL zu IST-Zahlen		12

Berlin  
Stand: 16. April 2011

## Grundsätze

1. Mit Artikel 137 Absatz 1 der Verfassung vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung–WRV) wurde die Staatskirche aufgehoben. Der Zweck des Artikels 138 Absatz 1 WRV (Ablösung der Staatsleistungen) war neben der institutionellen Trennung die vollständige auch finanzielle Trennung von Staat und Kirche.
2. Die weitere Zahlung der Staatsleistungen gemäß Artikel 138 Absatz 1 WRV nach 1919 sollte nur eine Übergangsregelung sein, wie sie sich aus Artikel 173 WRV ergibt.
3. Der Ablösungsauftrag der Verfassung (Art. 140 GG und Art. 138 Absatz 1 WRV) ist ein Verfassungsbefehl und unterliegt nur in engen zeitlichen Grenzen der politischen Opportunität.
4. Die Ablösung der Staatsleistungen kann verfassungsrechtlich nicht vom Einvernehmen des Heiligen Stuhls abhängig gemacht werden (Art. 18 Reichskonkordat von 1933).
5. Die übergangsweise Zahlung von Staatsleistungen ist nur eine begrenzte Anzahl von Jahren zulässig; mit der vollständigen Einführung und Umsetzung der Kirchensteuer war diese Übergangsregelung beendet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten die Länder nach Maßgabe eines vom Reich bzw. später vom Bund zu erlassenden Grundsatzgesetzes die Ablösung der Staatsleistungen bewirken müssen.
6. Seit dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung im Jahre 1919 sind finanzielle Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche, die eine Neubegründung von institutionellen Staatsleistungen zum Inhalt haben (Konkordate, Kirchenverträge), verfassungsrechtlich unzulässig. Dasselbe gilt von landesrechtlichen Garantien der Staatsleistungen in Landesverfassungen und –gesetzen.
7. Die Ablösung der Staatsleistungen nach Art. 138 Absatz 1 WRV hat bereits stattgefunden, und zwar durch kontinuierliche Zahlung der betroffenen Länder (alle Länder außer Bremen und Hamburg) Jahrzehnte über die Übergangsfrist hinaus. Weitere Zahlungen der Länder an die Kirchen würden gegen das Trennungsgebot und gegen das Neutralitätsgebot verstoßen. Der Bund und die betroffenen Länder sollten dies alsbald im Wege der Ablösungsgesetzgebung klarstellen.

Die Zahlungen haben allein im Zeitraum seit Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahre 1949 ein Gesamtvolumen von rd. 14 Mrd. Euro erreicht; das ist ein Mehrfaches dessen, was als Ablösungsschädigung bei rechtzeitiger Umsetzung des Verfassungsauftrages des Jahres 1919 hätte geleistet werden müssen. Der Umfang der Zahlungen übersteigt sogar den von den Kirchen selbst als Entschädigung für eine heutige Ablösung der Staatsleistungen verlangten Kapitalstock (das 24fache der jetzigen jährlichen Zahlungen).

Anmerkung: Neben der Zahlung der positiven Staatsleistungen, wie dargestellt, haben vielerorts die öffentlichen Hände (Länder und Gemeinden) zugunsten der Kirchen in großem Umfang Baulasten für Kirchengebäude und sonstige kircheneigene Gebäude erfüllt; dabei handelt es sich jedenfalls teilweise ebenfalls um Staatsleistungen nach Art. 138 Absatz 1 WRV. Bei der Berechnung des Werts der gezahlten Staatsleistungen noch nicht berücksichtigt sind ferner die seit 90 Jahren gewährten Abgabenbefreiungen der Kirchen, die als negative Staatsleistungen zum Teil ebenfalls dem Ablösungsauftrag von 1919 unterlagen.

## 2.1. Kirchenbaulasten

**Während die Personalzuschüsse der Staatsleistungen in langen Zeitreihen dargestellt werden können, ist es bei den Kirchenbaulasten sehr unterschiedlich. Zudem ist dabei zu beachten, dass die kommunalen Kirchenbaupflichten *nicht* zu den Staatsleistungen gehören.**

Die so genannten Baulasten sind Kosten, die die Bundesländer für den Unterhalt, die Renovierung wie den Erhalt von Kirchengebäuden zu zahlen haben.

In einigen Bundesländern werden sie in den Haushaltsplänen nicht gesondert dargestellt, in anderen Bundesländern wurden sie zum Teil über die Jahrzehnte gegen Geldzahlungen abgelöst, in anderen Haushaltsplänen werden die Ausgaben teilweise verschoben (zum Denkmalschutz oder zum Staatlichen Hochbau).

Anhand einer unvollständigen Übersicht werden für diesen Teil der Staatsleistungen der Bundesländer jährlich mindestens rund 65 Mio. Euro ausgegeben. Allerdings sind nicht alle Objekte zu erfassen und zudem variieren die Unterhaltskosten in den Jahren.

Die kommunalen Kirchenbaulasten gehören ausdrücklich nicht zu den nach Art. 138,1 WRV abzulösenden Staatsleistungen, die nur die Bundesländer betreffen.

### 1. „Cura religionis“

Mit Beginn der parlamentarischen Demokratie 1918/19 in Deutschland, mit dem Ende der Staatskirche ist auch die „cura religionis“ (die obrigkeitsstaatliche Sorge) der Landesherrscher für die Kirchen beendet worden, da sie einem feudalen, vordemokratischen Verständnis der Identität zwischen Staat und Kirche entspringt.

Mit dieser Auffassung steht man aber zurzeit recht alleine, da die herrschende Meinung unter den Staatskirchenrechtlern das Gegenteil vertritt. So wurde aus dem Ablösungsauftrag der Staatsleistungen eine „Bestandsgarantie“ geformt, denn man könne schließlich nur beenden, was auch besteht.

Die Rechtsgrundlagen dafür sind sehr unterschiedlich. Ein Teil geht tatsächlich auf die Säkularisation 1803 zurück (staatliche Pflicht zur Erhaltung der Hohen Domkirchen), ein Teil wurde in den späteren Staat-Kirche-Verträgen vereinbart, ein Teil ist die Fortführung „fiskalischer Patronate“ durch die seinerzeitigen Landesherren, ein Teil beruht auf kommunalen Vereinbarungen, u. a. m. Der Bayerische Oberste Rechnungshof schreibt dazu in seinem Jahresbericht 2005:

„Grundlagen der staatlichen Baupflicht: Der Staat hat die Baulast an Kirchen und sonstigen kirchlichen Gebäuden (Pfarrgebäude etc.) infolge der Säkularisierung 1803 übernommen. Die maßgeblichen Festlegungen gehen zum Teil zurück auf das Konzil von Trient (1545 bis 1563), auf die Ansbacher Konsistorialordnung von 1594, auf das Bayerische Landesrecht oder das Preußische Allgemeine Landrecht. Zum Teil sind örtliches Gewohnheitsrecht (Observanzen), gerichtliche Vergleiche/Entscheidungen oder spezielle Regelungen früherer Landesherren zu beachten.“<sup>1</sup>

Das ist auch ein Hinweis darauf, warum es heißt, dass die Kirche in Jahrhunderten denkt und offensichtlich in ihren Archiven die Papiere aufbewahrt, die seitdem in jedem politischen System den Verantwortlichen erneut als Verpflichtungen vorgelegt werden: „Grüß Gott, Verträge müssen eingehalten werden.“

In der historischen Patronatsverfassung – der Herrscher war der Patron der Kirche – sorgte der Patron (heute die Landesregierungen) auch für die Erhaltung der Kirchengebäude, d. h. er trug die Baulasten.

In den Staatskirchenverträgen geschehen nun zwei gegensätzliche Argumentationen gleichzeitig: Zum einen wird vereinbart, dass der Staat „anstelle aller Geld- und Sachleistungen aufgrund staatlicher Baulastverpflichtungen an Gebäuden im kirchlichen Eigentum“ nun pauschal pro Jahr eine be-

stimmte Summe zu zahlen hat. Gleichzeitig wird vereinbart: „Die bestehenden Patronatsrechte werden aufgehoben.“

## 2. Zahlungen der Bundesländer

Bayern listet auch die Zuschüsse für Kirchenbaulasten detailliert gegliedert auf. Zum einen nach Kirchengebäuden im Staatsbesitz und zum anderen nach kirchlichen Gebäuden (im Kirchenbesitz), „an denen aufgrund besonderer Rechtstitel dem Staat die primäre oder subsidiäre Baupflicht obliegt“. 2009 sind dafür insgesamt 38,5 Mio. Euro ausgegeben worden.

Darin enthalten sind 163.000 Euro für die Bezahlung der „Grundsteuern; Straßenreinigungsgebühren; Brandversicherungsverträge; Kaminkehrergebühren; Wassergebühren; Ausgaben für elektrischen Strom etc.“. Weitere 5,9 Mio. Euro vereinbarte Pauschalzahlungen und 3,6 Mio. Euro der veranschlagten Kosten für Instandsetzungsarbeiten an den Domen in Augsburg (460.000), Bamberg (650.000), Eichstätt (100.000), München (500.000), Passau (495.000), Regensburg (1,2 Mio.), Würzburg (25.000) sowie für den Dom in Freising (160.000).

9,7 Mio. € zahlt Bayern für Hochbaumaßnahmen bei staatseigenen kirchlichen Gebäuden und 7,6 Mio. Euro als Zuschüsse für Bauverpflichtungen an einzelnen kirchlichen Gebäuden. Darunter fallen die Generalsanierung der Klosterkirche in Altomünster, die Instandsetzung der Katholischen Pfarrkirche in Attel und die Gesamtinstandsetzung der Katholischen Pfarrkirche in Bernried. Insgesamt 43 Kirchen, zu denen auch die Generalsanierungen der evangelisch-lutherischen Stadtkirche in Bayreuth und der evangelisch-lutherischen Kirche in Kulmbach gehören.

Und außerhalb von Bayern? Kennen Sie den Dom zu Fulda? Ein prachtvoller Bau, u. a. die Grabstätte des „Bischofs der Deutschen“, Bonifatius. Wem gehört die Kirche?

„Der Dom ist eine eigene juristische Person, vertreten durch das Domkapitel“, also er gehört „sich selbst“. Hat er denn das Geld um die Kosten für Unterhalt und Erhalt zu bezahlen? Nein, hat er nicht und braucht es nicht. Die Baulast liegt vorrangig beim Staat. 1980 bis 2002 wurden für Baumaßnahmen am Dom die Summe von 8 Mio. Euro aufgebracht, die jeweils zu einem Drittel getragen wurden durch die Bundesrepublik Deutschland, das Land Hessen und die katholische Kirche.“<sup>2</sup>

Dieses Beispiel lässt sich auf manche weitere große Kirche in Deutschland übertragen. Es ist kein Sonderfall, dass Restaurierung und Erhalt von Kirchen ausschließlich vom Staat bezahlt werden.

Weitere Beispiele sind der Dom in Limburg, die Theatinerkirche und die Salvatorkirche in München, die Kirche des Kloster Andechs und der Turm der Nikolaikirche in Hamburg. Das gilt ebenso für ehemalige Kirchen, von denen der Normalbetrachter annimmt, es seien immer noch Kirchen: Der „Deutsche Dom“ auf dem Gendarmenmarkt und die Nikolaikirche im Nikolaiviertel von Berlin sind beide mittlerweile im Staatsbesitz und Ausstellungsgebäude bzw. Museum.

Weitere Bundesländer zahlen auch immer noch aufgrund vertraglicher Verpflichtungen. Baden-Württemberg zahlt 11,1 Mio., darunter 1,8 Mio. Jahresrate für die Instandsetzung des katholischen Münsters in Konstanz, dessen Gesamtkosten auf 31,8 Mio. € geschätzt werden, Brandenburg zahlt 2,9 Mio. €, Mecklenburg-Vorpommern 3,3 Mio. €, Niedersachsen 22.000 und Rheinland-Pfalz 460.200 (als Jahresrate für die 4,2 Mio. teure Sanierung und Restaurierung des Doms in Speyer), Hessen zahlt in 2009 nichts, da sowohl die Elisabethkirche und die Universitätskirche in Marburg, ebenso wie die Dome in Fulda und Limburg bereits saniert sind.

Das ist die Momentaufnahme von 53,7 Mio. € für 2009, die für andere Jahre unterschiedlich anfällt.

## 3. Kirchen und Pfarrhäuser

Dabei handelt es sich nicht nur um Kirchengebäude. Zur Seelsorge gehört ja auch der Pfarrer und so hatte sich der seinerzeitige Patron auch um den Erhalt der Pfarrhäuser zu kümmern.

### *Baden-Württemberg*

In Baden-Württemberg bestehen (2008) Bauverpflichtungen des Landes für rund 1.100 „Kirchliche Lastengebäude“, 533 davon bewohnte Pfarrhäuser mit staatlicher Baupflicht. Rechtsgrundlagen sind u. a. das Badische Bauedikt von 1808 und das Komplexlastenablösegesetz von 1865. Im Landesarchiv Baden-Württemberg sind viele dieser Ablösungen und Streitigkeiten aus der Mitte der 19. Jahrhunderts dokumentiert<sup>3</sup>. Für die Baulast an den Pfarrhäusern wendet das Land jährlich rund 4 Mio. Euro auf. Es geht dabei um die Pfarrgebäude „in Dach und Fach“ und die fünf meistbenutzten Räume. Alle Modernisierungen muss die Landeskirche jedoch selber finanzieren.

Um diese Baulast zu verringern hat die Landesregierung begonnen, wo es auf Zustimmung stößt, diese Bauverpflichtungen abzulösen, d. h. zu beenden. Sie stellt dafür im Landeshaushalt pro Jahr 300.000 Euro bereit. Die Landeskirche ist allerdings, so heißt es, nicht allzu geneigt, darauf einzugehen. Warum soll sie auch einen „Ewigkeitsanspruch“ für eine Einmalzahlung aufgeben?

### *Bayern*

In Bayern ist die Situation nicht viel anders. Um welches Volumen es sich hier handelt, hat der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2005 zusammengezählt:

„Insgesamt unterliegen 1.783 kirchen- und 126 staatseigene Gebäude der staatlichen Baupflicht. Darunter sind 649 Kirchen, 648 Pfarrhöfe sowie sonstige kirchliche Gebäude wie Mesnerhäuser, Dekanatsgebäude, Nebengebäude und Garagen einschließlich Einfriedungen. Die Gebäude umfassen eine Nutzfläche von rd. 600.000 m<sup>2</sup> und einen umbauten Raum von rd. 7.000.000 m<sup>3</sup>.“

Der bürokratische Aufwand des Freistaates, so der Oberste Rechnungshof, sei immens, da die Materie juristisch kompliziert ist. Er gab der Staatsregierung die Empfehlung, die Baulasten abzulösen. Nach mehrjährigen Verhandlungen hatte man sich geeinigt. Die katholische Kirche bekommt (seit 2007) jährlich einen Pauschalbetrag von 2 Mio. Euro und eine Ablösesumme von 100.000 Euro pro Pfarrhof. Die Landeskirche erhält (seit 2010) einen jährlichen Pauschalbetrag von 1,5 Mio. Euro, der Ablösebetrag pro Pfarrgebäude beläuft sich auf 85.000 Euro.

Von dieser Ablösemöglichkeit wird Gebrauch gemacht und so wurden im Jahr 2009 insgesamt 6 Mio. Euro eingesetzt, um die Baulast von 53 Gebäuden zu beenden.

### **4. Personalaufwand des Staates**

Der sächliche Finanzaufwand ist in den Haushalten der Bundesländer bereits enthalten, nicht jedoch der staatliche Personalaufwand. In seiner sorgfältigen Recherche hat der Oberste Rechnungshof in Bayern ermittelt, welcher personelle Aufwand erforderlich ist, um diese vielen Vorgänge zu bearbeiten:

„Personalaufwand des Staates: Mit Aufgaben der staatlichen Baupflicht waren 2001 bei den Bauämtern 358, den Regierungen 35 und den Bezirksfinanzdirektionen 7 Bedienstete (ohne die Mitarbeiter an den kirchlichen Stellen) befasst. Der Arbeitsumfang entspricht insgesamt 78 Vollzeitkräften und ist deutlich höher als bei den sonstigen staatlichen Baumaßnahmen. Eine Vollzeitkraft betreut durchschnittlich 380.000 € an Bauausgaben gegenüber 500.000 € im sonstigen staatlichen Bereich.“<sup>4</sup>

Mit anderen Worten: Dieser staatliche Personalaufwand ist als staatliche Leistung zu den sächlichen Baulastverpflichtungen hinzuzurechnen. Für Bayern wären das 78 Vollzeitstellen (x 60.000 €) noch einmal 4,7 Mio. Euro im Jahr.

### **5. Kommunale Kirchenbaulasten**

Die Kommunalen Kirchenbaulasten gehören nicht zu den Staatsleistungen, die sich nur auf die Länder und ggf. den Bund beziehen. Die kommunalen Baulastverpflichtungen, die noch niemand erfasst hat, sind daher anders zu betrachten. Da sie nicht zu den Staatsleistungen zählen, sind sie gegebenenfalls

auch nach anderen Prinzipien abzulösen, als die Staatsleistungen der Bundesländer. Auch für die Neuen Bundesländer wurde diese Frage bereits höchstrichterlich verhandelt.

## 6. Beispiele der Rechtsprechung

Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig (im Dezember 2008) sind beispielsweise die vertraglich begründeten Kirchenbaulasten der ehemaligen Gemeinden in der späteren DDR nicht auf die nach der Wende errichteten Gemeinden übergegangen, sondern mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages erloschen. Das Urteil hatte sehr klar die Voraussetzungen dargestellt:

„Aus welchen Gründen auch immer gemeindliche Kirchenbaulasten ursprünglich begründet worden sein mögen, haben sie doch einen Hintergrund gemeinsam: Die Einwohner der Gemeinde waren zumeist vollständig oder weitgehend identisch mit den Mitgliedern der Kirchengemeinde. Es gab regelmäßig keine oder nur äußerst wenige konfessionsfremde Einwohner. Dass sie über die Lastentragung für die Gemeinde mittelbar zur Finanzierung aus ihrer Sicht konfessionsfremder Gotteshäuser beitragen mussten, konnte unter diesen Verhältnissen vernachlässigt werden. Insoweit haben sich die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR vollständig anders entwickelt. In der Bundesrepublik ist zwar, bedingt zunächst durch Flucht und Vertreibung aus dem Osten, später durch die allgemeine Mobilität, die konfessionelle Geschlossenheit in den Gemeinden einer stärkeren konfessionellen Durchmischung gewichen. Das ist aber nicht zu vergleichen mit der Entwicklung in der DDR. Wie die Beteiligten für Thüringen übereinstimmend vorgetragen haben, liegt dort die Zahl der Mitglieder einer Kirche deutlich unter einem Drittel der Gesamtbevölkerung. In anderen Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist der Rückgang sogar noch stärker. Das wirft die Frage auf, ob vertraglich vereinbarte Kirchenbaulasten nicht wegen einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse bei Abschluss der Verträge weggefallen sind, weil ein Festhalten an den Verträgen dem Verpflichteten unzumutbar geworden ist.“<sup>5</sup>

Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Dr. Bernhard Felmberg, hat dafür keinerlei Verständnis, denn:

„Damit ist die Erhaltung vieler denkmalgeschützter Kirchen nicht nur in Thüringen in Frage gestellt. Denn die Erhaltung der Kirchengebäude allein den Kirchengemeinden zu überlassen, wird diese definitiv überfordern. Das Pikante daran: Die DDR ist trotz ihrer kirchenfeindlichen Politik in der Regel den kommunalen Baulastverpflichtungen, die seit dem 19. Jahrhundert gelten, nachgekommen.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat ausgerechnet die friedliche Revolution von 1989 und den Übergang der Neuen Bundesländer zu Demokratie, Rechtsstaat, Freiheits- und Eigentumsschutz zum Anlass genommen, um dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche hinsichtlich des Bestands kirchlichen Vermögens einen tiefen Bruch zuzufügen. (...) Dass der Staat in dieser Sache vollkommen aus der Pflicht genommen werden soll, halte ich für untragbar.“<sup>6</sup>

Diese Auffassung könnte man beispielhaft dem ganzen Thema des Verhältnisses von Kirche und Staat voran stellen. Sie zeigt in beeindruckender Klarheit das kirchliche Anspruchsdenken, die Ignoranz gegenüber historischen Veränderungen, die unbeirrte Forderung nach staatlichen Leistungen aus allgemeinen Steuergeldern und die Fremdheit jeglicher Idee, dass auch die Kirche für ihre eigenen Angelegenheiten selbst und mit ihren Mitgliedern verantwortlich ist und sich selber etwas dazu – selbstbestimmt – einfallen lassen sollte.

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, mit welcher Mentalität dieser Mann, als Chef-Lobbyist der EKD, im politischen Berlin und Brüssel auftritt.

Es gibt eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten um die kommunalen Kirchenbaulasten. Die Rechtsgrundlagen sind sehr kompliziert, denn das Bundesverwaltungsgericht hatte 2009 einerseits entschieden, dass die vor der Gründung der DDR vereinbarten Kirchenbaulasten nicht auf die neu errichteten Gebietskörperschaften übergegangen seien – womit alle Kommunen der Neuen Bundesländer

von diesem Rechtsanspruch auf Übernahme kirchlicher Baulasten befreit wurden. Das gleiche Gericht entschied jedoch zwei Monate später, dass in Baden-Württemberg die kommunale Baupflicht für Kirchengebäude weiterhin besteht. Die Stadt Brühl hatte sich geweigert, 1 Mio. € für eine Kirchensanierung zu übernehmen, da die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sich seit 1868 so stark verändert hätten, dass diese Lasten heute nicht mehr zumutbar seien.

Wie ausführlich und detailliert auch diese Fragen juristisch durchgearbeitet wurden, zeigen einige weitere Beispiele durch die Jahrzehnte. 1957 urteilte das OLG Celle:

„Hat der Staat nach der Säkularisation die laufende Bauunterhaltung und die laufenden Kultuskosten einer Domkirche übernommen, so ist darin die Verpflichtung zu sehen, dem Bischof ständig eine für seinen Gottesdienst geeignete Kirche zur Verfügung zu halten. Dies bedeutet für den Fall der Totalzerstörung der Domkirche, dass der Staat die Kosten des Wiederaufbaues zu tragen hat. Die tridentinische Baulast und entsprechende Regelungen umfassen auch Zerstörungen des zweiten Weltkrieges.“<sup>7</sup>

Das Oberverwaltungsgericht Münster urteilte 1967 zum Umfang der Pfarrhausbaulast:

„Die kirchliche Baulast nach Preußischem Allgemeinen Landrecht verpflichtet den Patron nicht, die Kosten für eine Ersatzwohnung des Pfarrers während der Zeit des notwendigen Umbaus einer Pfarrwohnung zu tragen.“

Und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof urteilte 1973 zur Fortgeltung der Patronatsbaulast:

„Die Bestimmungen des Preußischen Allgemeinen Landrechts über die subsidiäre Kirchenbaupflicht des Kirchenpatrons sind in den ehemals preußischen Gebieten Ansbach-Bayreuth geltendes Recht soweit nicht Rechte des Fürstentums Ansbach-Bayreuth, insbesondere die Ansbacher Konsistorialordnung vom 21. Januar 1594 anwendbar sind.“

Es sind gerade diese Kleinigkeiten, in denen sich Mentalitäten offenbaren. So ein bemerkenswertes Detail ist auch, wenn der Oberste Rechnungshof Bayern schreibt:

„Hand und Spanndienste: Nach den Baupflichtrichtlinien besteht bei kirchlichen Rechtsträgern die Verpflichtung z. T. Hand- und Spanndienste zu erbringen. Zur Abgeltung dieser Verpflichtung tragen die Kirchen 5 % der Baukosten selbst. Auf staatlicher Seite ist teilweise nicht bekannt, bei welchen Objekten diese Verpflichtung besteht. Unnötige Ausgaben für den Staat sind die Folge.“<sup>8</sup>

Die Vielzahl der gezahlten Baulasten auf der kommunalen Ebene wäre ein eigenes Forschungsgebiet. Für Bayern weisen die IST-Zahlen an Baulasten für kirchliche Gebäude im Staats- und Kirchenbesitz (Tabelle 5) seit 1949 eine Summe von rund 800 Mio. Euro aus.

## 7. Fazit Kirchenbaulast

Die ausgewiesenen Baulastzahlungen der Bundesländer und Kommunen an die Kirchen betragen im Jahr 2009 rund 100 Mio. € (101.500.000). In diesem Betrag sind die Kosten der Denkmalpflege und die einmaligen staatlichen Zuschüsse für einzelne besondere kirchliche Projekte nicht enthalten.

Eine Hochrechnung auf alle Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nicht möglich, da alle Bundesländer andere Regelungen haben die kaum vergleichbar sind.

Tabelle 1: Bayern - Kirchbaulasten in 1.000 Euro			
Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Saldo Ausgaben
1949	6	474	468
1950	7	526	519
1951	6	894	888
1952	7	1.093	1.086
1953	7	1.419	1.412
1954	14	1.095	1.081
1955	15	1.464	1.449
1956	14	1.449	1.435
1957	16	1.974	1.958
1958	18	2.050	2.032
1959	13	2.575	2.562
1960	10	2.667	2.657
1961	18	3.914	3.896
1962	24	6.576	6.552
1963	24	4.456	4.432
1964	23	5.205	5.182
1965	43	5.212	5.169
1966	32	6.586	6.554
1967	39	6.002	5.963
1968	39	6.002	5.963
1969	39	6.002	5.963
1970	32	8.040	8.008
1971	35	7.998	7.963
1972	39	8.918	8.879
1973	42	8.417	8.375
1974	94	10.059	9.965
1975	74	10.096	10.022
1976	78	10.890	10.812
1977	64	11.336	11.272
1978	74	7.657	7.583
1979	104	8.667	8.563
1980	97	16.277	16.180
1981	124	19.507	19.383
1982	144	19.129	18.985
1983	197	20.218	20.021
1984	192	22.257	22.065
1985	301	21.688	21.387
1986	145	22.444	22.299
1987	204	21.294	21.090
1988	209	20.112	19.903
1989	183	21.383	21.200
1990	1.196	24.734	23.538
1991	824	24.364	23.540
1992	615	20.763	20.148
1993	1.024	21.793	20.769
1994	583	19.954	19.371
1995	902	21.448	20.546
1996	527	20.162	19.635
1997	634	21.452	20.818
1998	1.028	19.340	18.312
1999	868	18.500	17.632
2000	950	20.154	19.204
2001	860	19.794	18.934
2002	955	20.234	19.279
2003	1.576	22.115	20.539
2004	661	21.228	20.567
2005	845	20.607	19.762
2006	500	20.035	19.535
2007	469	22.701	22.232
2008	1.394	24.214	22.820
2009	1.326	29.774	28.448
Summen	20.583	797.388	776.801



<b>Tabelle 2: Bayern – Gesamte Staatsleistungen</b>			
<i>Jahr</i>	Bischöfe,etc.	Baupflicht	<b>SUMME( 1.000 €)</b>
1949	5.363	468	<b>5.831</b>
1950	8.024	519	<b>8.543</b>
1951	10.709	888	<b>11.597</b>
1952	11.952	1.086	<b>13.038</b>
1953	13.236	1.412	<b>14.647</b>
1954	13.768	1.081	<b>14.849</b>
1955	13.631	1.450	<b>15.081</b>
1956	13.998	1.434	<b>15.433</b>
1957	14.415	1.957	<b>16.372</b>
1958	15.482	2.032	<b>17.514</b>
1959	15.866	2.562	<b>18.427</b>
1960	16.084	2.657	<b>18.741</b>
1961	18.212	3.896	<b>22.108</b>
1962	17.825	6.553	<b>24.378</b>
1963	18.794	4.432	<b>23.226</b>
1964	20.760	5.182	<b>25.942</b>
1965	22.419	5.169	<b>27.588</b>
1966	23.604	6.553	<b>30.157</b>
1967	24.271	5.963	<b>30.234</b>
1968	24.383	5.963	<b>30.347</b>
1969	25.952	5.963	<b>31.915</b>
1970	29.396	8.007	<b>37.403</b>
1971	31.174	7.962	<b>39.136</b>
1972	32.496	8.879	<b>41.375</b>
1973	35.980	8.374	<b>44.354</b>
1974	39.567	9.966	<b>49.533</b>
1975	44.123	10.022	<b>54.145</b>
1976	46.411	10.812	<b>57.223</b>
1977	50.291	11.272	<b>61.563</b>
1978	53.209	7.583	<b>60.792</b>
1979	58.272	8.563	<b>66.835</b>
1980	60.443	16.180	<b>76.623</b>
1981	66.267	19.383	<b>85.650</b>
1982	75.908	18.985	<b>94.893</b>
1983	68.953	20.021	<b>88.974</b>
1984	74.464	22.065	<b>96.528</b>
1985	76.287	21.387	<b>97.674</b>
1986	60.159	22.298	<b>82.457</b>
1987	59.538	21.090	<b>80.628</b>
1988	61.494	19.903	<b>81.397</b>
1989	62.336	21.200	<b>83.536</b>
1990	63.768	23.538	<b>87.306</b>
1991	66.030	23.540	<b>89.570</b>
1992	68.737	20.148	<b>88.884</b>
1993	72.457	20.768	<b>93.226</b>
1994	75.707	19.371	<b>95.078</b>
1995	75.689	20.545	<b>96.234</b>
1996	77.983	19.635	<b>97.618</b>
1997	78.671	20.818	<b>99.489</b>
1998	80.662	18.313	<b>98.975</b>
1999	80.792	17.632	<b>98.424</b>
2000	82.435	19.204	<b>101.639</b>
2001	84.058	18.934	<b>102.992</b>
2002	84.557	19.279	<b>103.836</b>
2003	86.344	20.539	<b>106.883</b>
2004	85.247	20.567	<b>105.814</b>
2005	80.321	19.762	<b>100.083</b>
2006	80.622	19.535	<b>100.157</b>
2007	81.343	22.232	<b>103.575</b>
2008	81.783	22.820	<b>104.603</b>
2009	86.681	28.448	<b>115.129</b>
2010	87.230	0	<b>87.230</b>
<b>Summe</b>	<b>3.096.633</b>	<b>776.800</b>	<b>3.873.434</b>

## 2.2. Historische Staatsleistungen

Der Ablösebefehl hinsichtlich der Staatsleistungen wurde 1919 in (Artikel 138,1) der Weimarer Reichsverfassung formuliert. Für eine Größenordnung, was in der Zeit seit diesem Ablösebefehl, also seit 1919 bis heute weiter bezahlt worden ist, nachfolgende Übersichten.

Eine derartige Übersicht steht allerdings vor dem Problem, dass es in diesen 30 Jahren finanzielle ‚Turbulenzen‘ gab (die Hyperinflation in den Jahren 1921-1923, Umstellung auf Reichsmark 1924), die eine Zeitreihe beinahe unmöglich machen. Deshalb sind in der nachfolgenden Tabelle in den Spalten 2-4 die jeweils in den Plänen des Staatshaushalts Bayerns genannten Beträge erfasst, die in Spalte 5 ‚bereinigt‘ wurden. (1921, 1922, 1923 sind dabei Interpolationen zwischen 1920 und 1924.) In Spalte 6 sind die jeweiligen Umrechnungsfaktoren eingetragen, aufgrund derer die ‚Wertigkeit‘ der Zahlungen in heutigen Euros berechnet wurden.

## 8. Staatsleistungen in Preußen 1919 – 1944

Für Preußen war zusätzlich das Problem nicht zu lösen, dass Preußen 1945 keinen Haushaltsplan mehr veröffentlichte und die Nachfolgeländer ebenfalls nicht vollständig für 1946 bis 1948 zu erfassen waren.

Tabelle 3: <b>Preußen – Staatsleistungen, 1919 – 1944</b> in jeweils 1.000 Mark / Reichsmark / Euro							
Jahr	Evangelische Kirche	Katholische Kirche	Summe Evgl. + Kath.	Berechnungszahlen	Umrechnung Faktor	In 1.000 DM	In 1.000 Euro
1	2	3	4	5	6	7	8
1919	25.561	9.456	39.505	39.505	x 3,73 Euro	288.563	147.354
1920	25.445	8.921	38.424	38.424	x 3,73 Euro	280.667	143.322
1921*)	133.669	53.984	193.004	42.315	x 3,73 Euro	309.088	157.835
1922*)	137.742	54.887	197.980	46.226	x 3,73 Euro	337.656	172.423
1923*)	519.828	212.268	743.961	50.137	x 3,73 Euro	366.224	187.011
1924	38.072	13.095	54.047	54.047	x 6,5 DM	351.306	179.623
1925	43.339	13.683	60.042	60.042	x 6,5	390.273	199.547
1926	46.654	19.450	69.220	69.220	x 6,5	449.930	230.049
1927	46.696	19.468	70.480	70.480	x 6,5	458.120	234.237
1928	47.174	19.477	70.767	70.767	x 6,5	459.986	235.191
1929	55.334	22.836	82.336	82.336	x 6,5	535.184	273.640
1930	54.627	24.154	83.376	83.376	x 6,5	541.944	277.096
1931	49.365	22.158	75.983	75.983	x 6,5	493.890	252.526
1932	36.222	16.397	54.922	54.922	x 6,5	356.993	182.531
1933	36.877	16.153	55.096	55.096	x 6,5	358.124	183.109
1934	33.240	14.646	49.147	49.147	x 6,5	319.456	163.338
1935	31.010	13.853	47.336	47.336	x 6,5	307.684	157.319
1936	30.982	13.833	46.830	46.830	x 6,5	304.395	155.637
1937	31.046	13.836	46.851	46.851	x 7	327.957	167.684
1938	30.826	13.809	46.534	46.534	x 7	325.738	166.550
1939	30.492	12.878	44.703	44.703	x 7	312.921	159.997
1940	28.746	13.013	42.291	42.823	x 7	299.761	153.268
1941	29.352	12.717	42.566	43.063	x 7	301.441	154.127
1942	29.576	12.582	42.749	43.340	x 7	303.380	155.118
1943	29.396	12.852	42.748	43.248	x 7	302.736	154.789
1944				43.248	x 7	302.736	154.789
1945							
1946							
1947							
1948							
						9.386.160	4.798.118

\*) Berechnungszahlen 1921, 1922, 1923 sind Interpolationen zwischen 1920 und 1924

In den Nachfolgeländern lassen sich für Niedersachsen (1946, 1947, 1948), Nordrhein-Westfalen (1947, 1948) und Berlin (1948) noch weitere 17.067.000 Euro ermitteln, so dass in „Preußen“ von 1919 – 1948 rund 4,8 Mrd. Euro an Staatsleistungen gezahlt wurden.

### 9. Staatsleistungen in Bayern 1919 - 1948

Diese Zahlungen sind Größenordnungen - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie zeigen an, dass in diesen dreißig Jahren eine Größenordnung von 2 Mrd. Euro an die beiden Kirchen gezahlt wurden.

**Seit 1919, dem Ablösebefehl, wurden nur in Bayern damit rund sechs Milliarden Euro (Nennwert) aufgrund dieser behaupteten historischen Ansprüche an die beiden Kirchen gezahlt.**

Jahr	Katholische Kirche	Evangelische Kirche	Summe Kath.+ Evgl.	Berechnungszahlen	Umrechnung Faktor	In 1.000 DM	In 1.000 Euro
1	2	3	4	5	6	7	8
1919	9.516	3.796	<b>13.312</b>	<b>13.312</b>	x 3,73 Euro	97.237	49.654
1920	12.042	4.960	<b>17.002</b>	<b>17.002</b>	x 3,73 Euro	124.034	63.417
1921*)	57.244	19.885	<b>77.129</b>	<b>19.365</b>	x 3,73 Euro	141.272	72.231
1922*)	323.145	123.102	<b>446.247</b>	<b>21.728</b>	x 3,73 Euro	158.511	81.045
1923*)	1.646.946	540.692	<b>2.187.638</b>	<b>24.091</b>	x 3,73 Euro	175.750	89.859
1924	19.854	6.598	<b>26.452</b>	<b>26.452</b>	x 6,5 DM	171.938	87.912
1925	23.795	6.880	<b>30.675</b>	<b>30.675</b>	x 6,5	199.388	101.947
1926	23.790	8.344	<b>32.134</b>	<b>32.134</b>	x 6,5	208.871	106.796
1927	22.650	8.185	<b>30.835</b>	<b>30.835</b>	x 6,5	200.428	102.479
1928	28.562	9.230	<b>37.792</b>	<b>37.792</b>	x 6,5	245.648	125.600
1929	28.467	9.163	<b>37.630</b>	<b>37.630</b>	x 6,5	244.595	125.061
1930	28.468	9.186	<b>37.654</b>	<b>37.654</b>	x 6,5	244.751	125.141
1931	26.050	8.540	<b>34.590</b>	<b>34.590</b>	x 6,5	224.835	114.958
1932	21.786	7.260	<b>29.046</b>	<b>29.046</b>	x 6,5	188.799	96.533
1933	21.198	7.114	<b>28.312</b>	<b>28.312</b>	x 6,5	184.028	94.094
1934	18.936	6.356	<b>25.292</b>	<b>25.292</b>	x 6,5	164.398	84.057
1935	19.559	6.825	<b>26.384</b>	<b>26.384</b>	x 6,5	171.496	87.686
1936	15.038	5.883	<b>20.921</b>	<b>20.921</b>	x 6,5	135.987	69.530
1937	14.232	5.637	<b>19.869</b>	<b>19.869</b>	x 7	129.149	66.034
1938	13.427	5.394	<b>18.821</b>	<b>18.821</b>	x 7	122.337	62.551
1939	5.307	986	<b>6.293</b>	<b>6.293</b>	x 7	44.051	22.523
1940	5.438	986	<b>6.424</b>	<b>6.424</b>	x 7	44.968	22.992
1941	5.438	986	<b>6.424</b>	<b>6.424</b>	x 7	44.968	22.992
1942	5.438	986	<b>6.424</b>	<b>6.424</b>	x 7	44.968	22.992
1943	5.438	986	<b>6.424</b>	<b>6.424</b>	x 7	44.968	22.992
1944	5.438	631	<b>6.069</b>	<b>6.069</b>	x 7	42.483	21.722
1945	5.336	748	<b>6.084</b>	<b>6.084</b>	x 7	42.588	21.775
1946	5.128	788	<b>5.916</b>	<b>5.916</b>	x 7	41.412	21.174
1947	5.153	795	<b>5.948</b>	<b>5.948</b>	x 7	41.636	21.288
1948	5.153	795	<b>5.948</b>	<b>5.948</b>	x 3,73	22.424	11.465
						<b>3.947.918</b>	<b>2.018.502</b>

\*) Berechnungszahlen 1921, 1922, 1923 sind Interpolationen zwischen 1920 und 1924

Insgesamt sind also von 1919 bis 1948 in Bayern (2 Mrd.) und Preußen (4,8 Mrd.) zusammen 6,8 Mrd. bezahlt worden.

Geht man davon aus, dass Bayern und Preußen zusammen rund 73 % des Fläche des Deutschen Reiches ausmachten, so kann man davon ausgehen, dass in den anderen Reichsländern (außer Bremen und Hamburg) ein weiteres Viertel hinzuzurechnen ist, so dass sich die Zahlungen im Deutschen Reich von 1919 bis 1948 in der Größenordnung im Nennwert von insgesamt 9,3 Mrd. Euro belaufen.

### 2.3. Methodische Anmerkung zu SOLL/IST Zahlen

Erfasst sind die durchgängig vorliegenden Zahlenansätze aus den Haushaltsplänen (SOLL-Zahlen), die natürlich von den tatsächlich ausgezahlten Geldern abweichen, die in den Haushaltsrechnungen (IST-Zahlen) erfasst werden.

Da die Haushaltsrechnungen (bisher) nicht komplett für die Recherche vorlagen, ist auf die vollständige Darstellung in den Haushaltsplänen zurückgegriffen worden. Um hinsichtlich der Datenbasis auf ‚sicherem Boden‘ zu bleiben, müssen die Differenzen zwischen Planung und Realisierung abgeschätzt werden.

Für drei Bundesländer (Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg) wurde diese Überprüfung vorgenommen, die zu dem Ergebnis führte, dass die Differenz zwischen Planung und Realisierung in allen drei Bundesländern unterschiedlich hoch vorhanden ist und sich im Rahmen von minus 0,21 % bis minus 2,84 %, im Mittel minus 1,4 Prozent beträgt.

Mit anderen Worten: Von den ausgewiesenen SOLL-Staatsleistungen (für die Zeit von 1949 bis 2010) mit insgesamt 14,3 Mrd. Euro sind 1,4 % abzuziehen, so dass sich der IST-Betrag der ausgezahlten Gelder um rund 200 Mio. Euro auf 14,1 Mrd. Euro reduziert.

Tabelle 5: Staatsleistungen dreier Bundesländern. Vergleich SOLL zu IST-Zahlen (1.000 Euro)												
Jahr	Niedersachsen				Bayern				Baden-Württemberg			
	SOLL	IST	Diff.	%	SOLL	IST	Diff.	%	SOLL	IST	Diff.	%
1949	2.977	2.989	12	0,40	5.363	6.042	679	12,65				
1950	2.987	3.033	46	1,54	8.024	8.024	0	0,00				
1951	3.026	3.091	65	2,15	10.709	10.790	81	0,75				
1952	3.090	3.133	43	1,39	11.952	12.216	264	2,21	5.382	5.395	13	0,24
1953	3.156	3.213	56	1,79	13.236	13.637	401	3,03	11.392	11.532	140	1,23
1954	3.223	3.348	124	3,86	13.768	13.334	-434	-3,15	11.107	11.236	129	1,16
1955	4.529	4.602	72	1,60	13.631	13.617	-14	-0,10	11.115	11.271	156	1,41
1956	4.539	4.956	417	9,18	13.998	14.022	24	0,17	12.635	12.785	150	1,19
1957	4.823	5.155	332	6,88	14.415	14.406	-8	-0,06	12.397	12.557	160	1,29
1958	5.310	5.455	145	2,73	15.482	15.531	49	0,32	12.287	12.452	165	1,34
1959	5.310	5.304	-6	-0,11	15.866	15.189	-677	-4,27	13.048	13.218	170	1,30
1960	5.672	4.256	-1.416	-24,97	16.084	12.446	-3.638	-22,62	14.826	14.974	148	1,00
1961	5.643	6.065	423	7,49	18.212	17.612	-600	-3,29	12.525	12.666	141	1,13
1962	6.066	6.251	186	3,06	17.825	17.870	45	0,25	17.419	17.636	217	1,25
1963	6.106	6.592	487	7,97	18.794	18.745	-49	-0,26	20.430	20.650	220	1,08
1964	6.617	6.901	284	4,29	20.760	20.378	-382	-1,84	19.309	19.523	215	1,11
1965	12.167	8.286	-3.881	-31,90	22.419	19.917	-2.502	-11,16	22.308	22.543	235	1,05
1966	8.772	8.773	1	0,01	23.604	23.313	-291	-1,23	21.701	21.932	231	1,06
1967	9.190	9.192	2	0,02	24.271	24.077	-194	-0,80	25.128	25.386	258	1,03
1968	9.352	9.354	2	0,02								
1969	10.021	10.023	2	0,02							0	
1970	11.266	11.291	25	0,22	29.396	29.949	553	1,88			0	
1971	11.306	12.229	923	8,16	31.174	32.209	1.035	3,32			0	
1972	12.988	12.991	2	0,02	32.496	33.815	1.319	4,06			0	
1973	14.085	14.460	375	2,66	35.980	36.104	124	0,35	38.830	39.203	374	0,96
1974	16.011	16.013	2	0,02	39.567	38.390	-1.177	-2,97	43.064	43.478	414	0,96
1975	16.805	16.765	-40	-0,24	44.123	44.398	275	0,62	46.508	46.944	437	0,94
1976	18.724	18.580	-144	-0,77	46.411	45.954	-457	-0,99	50.229	50.682	454	0,90
1977	19.035	19.038	3	0,02	50.291	49.829	-462	-0,92	49.377	49.868	491	1,00
1978	20.229	19.768	-461	-2,28	53.209	51.866	-1.343	-2,52	52.081	52.592	511	0,98
1979	21.184	20.611	-573	-2,70	58.272	55.254	-3.018	-5,18	54.514	55.046	532	0,98
1980	21.666	21.797	131	0,60	60.443	58.848	-1.595	-2,64	56.961	57.526	564	0,99

1981	22.867	22.728	-139	-0,61	66.267	63.702	-2.565	-3,87	60.545	61.134	589	0,97
1982	23.543	23.292	-251	-1,07	75.908	64.868	-11.040	-14,54	61.821	62.425	604	0,98
1983	24.452	24.218	-234	-0,96	68.953	69.452	499	0,72	63.897	64.515	619	0,97
1984	24.879	24.268	-611	-2,45	74.464	56.072	-18.392	-24,70	66.453	67.076	623	0,94
1985	25.177	24.915	-262	-1,04	76.287	56.718	-19.569	-25,65	65.906	66.551	645	0,98
1986	25.783	25.762	-21	-0,08	60.159	58.693	-1.466	-2,44	68.321	68.320	-1	0,00
1987	26.685	26.614	-71	-0,27	59.538	59.382	-155	-0,26	70.712	70.631	-81	-0,12
1988	27.592	27.139	-453	-1,64	61.494	60.761	-732	-1,19	73.104	72.058	-1.046	-1,43
1989	28.533	27.606	-927	-3,25	62.336	63.758	1.421	2,28	73.740	73.326	-414	-0,56
1990	28.464	28.402	-62	-0,22	63.768	64.012	244	0,38	75.153	75.422	269	0,36
1991	29.148	29.790	642	2,20	66.030	64.752	-1.279	-1,94	80.129	79.231	-897	-1,12
1992	31.607	31.221	-386	-1,22	68.737	69.190	454	0,66	83.319	82.617	-702	-0,84
1993	32.872	32.456	-416	-1,27	72.457	72.493	36	0,05	87.092	86.202	-890	-1,02
1994	32.742	32.748	6	0,02	75.707	74.630	-1.077	-1,42	90.579	86.977	-3.602	-3,98
1995	34.232	34.062	-170	-0,50	75.689	76.252	563	0,74	88.806	86.977	-1.829	-2,06
1996	35.351	34.458	-893	-2,53	77.983	76.383	-1.600	-2,05	86.980	86.977	-4	0,00
1997	36.306	34.670	-1.636	-4,51	78.671	77.257	-1.414	-1,80	86.977	86.977	-1	0,00
1998	35.704	35.327	-377	-1,05	80.662	78.316	-2.346	-2,91	88.621	88.619	-3	0,00
1999	35.916	35.893	-23	-0,06	80.792	79.985	-807	-1,00	90.968	91.208	240	0,26
2000	36.635	36.156	-479	-1,31	82.435	80.393	-2.042	-2,48	94.991	93.907	-1.084	-1,14
2001	37.334	36.783	-551	-1,48	84.058	82.829	-1.229	-1,46	99.126	97.999	-1.127	-1,14
2002	37.580	37.404	-176	-0,47	84.557	82.982	-1.575	-1,86	100.009	100.178	169	0,17
2003	38.327	37.502	-825	-2,15	86.344	85.149	-1.195	-1,38	101.337	99.773	-1.564	-1,54
2004	37.577	37.576	-1	0,00	85.247	80.143	-5.104	-5,99	96.745	96.713	-32	-0,03
2005	36.570	36.569	-1	0,00	80.321	80.506	185	0,23	98.841	97.443	-1.398	-1,41
2006	36.570	36.309	-261	-0,71	80.622	80.410	-212	-0,26	99.855	98.096	-1.759	-1,76
2007	37.296	37.038	-258	-0,69	81.343	80.979	-364	-0,45	97.443	97.443	0	0,00
2008	37.400	37.434	34	0,09	81.783	81.196	-587	-0,72	98.969	98.969	0	0,00
2009	38.149	38.508	359	0,94	86.681	85.876	-805	-0,93				

Jeweils in 1.000 Euro

Summen:

Niedersachsen:

1949 – 2009: (SOLL) 1.241.168 minus (IST) 1.230.362 = (Differenz) – 10.806 = - 0,87 %

Bayern:

1949-1967: (SOLL) 298.413 minus (IST) 291.167 = (Differenz) -7.246 = - 2,43 %

1970-2009: (SOLL) 2.660.655 minus (IST) 2.583.755 = (Differenz) -76.900 = - 2,89 %

1949-1967/1970-2009 (SOLL) 2.959.068 minus (IST) 2.874.922 = (Differenz) -84.146 = - 2,84 %

Baden-Württemberg:

1952-1967: (SOLL) 243.009 minus (IST) 245.756 = (Differenz) + 2.747 = + 1,13 %

1973-2009: (SOLL) 2.742.001 minus (IST) 2.733.103 = (Differenz) – 8.898 = - 0,32 %

1952-1967/1973-2009: (SOLL) 2.985.010 minus (IST) 2.978.859 = (Differenz) – 6.151 = - 0,21 %

Zusammenfassung:

Alle drei Bundesländer in den erfassten Jahren:

(SOLL) 7.185.246 minus (IST) 7084:143 = (Differenz) - 101:103 = - 1,40 %

## Anmerkungen

---

<sup>1</sup> [http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=153&Itemid=158](http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=153&Itemid=158)

<sup>2</sup> [http://www.bistum-fulda.de/bistum\\_fulda/kunst\\_musik/kunst/denkmalpflege/pdf/Denkmalpflegeberichte/Kirchliche\\_Denkmalpflege\\_52.\\_Jahrgang\\_2000.pdf](http://www.bistum-fulda.de/bistum_fulda/kunst_musik/kunst/denkmalpflege/pdf/Denkmalpflegeberichte/Kirchliche_Denkmalpflege_52._Jahrgang_2000.pdf)

<sup>3</sup> <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=1199&klassi=&anzeigeKlassi=011.003>

<sup>4</sup> [http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=153&Itemid=158](http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=153&Itemid=158)

<sup>5</sup> Urteil Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 7 C 1.08), BVerGE 132, 358-372

<sup>6</sup> Bernhard Felmberg: „Politik und Kirche im Superwahljahr 2009“, in: Evangelische Verantwortung. Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Ausgabe 5+6 2009, S. 5.

<sup>7</sup> [http://www.ekd.de/staatskirchenrecht/suche/main.php3?selected\\_tab=1&action=Suche&searchtext=Baulast](http://www.ekd.de/staatskirchenrecht/suche/main.php3?selected_tab=1&action=Suche&searchtext=Baulast) (dort die # 9)

<sup>8</sup> [http://www.orh.bayern.de/files/Jahresberichte/2005/Jahresbericht2005\\_V3.pdf](http://www.orh.bayern.de/files/Jahresberichte/2005/Jahresbericht2005_V3.pdf) Dort Punkt 22.2.4.4., Seite 76